

Bezugspreis:

Wochenschrift 9.- Mtl. monatl. 2.- Mtl. frei ins Haus, voraus zahlbar. Post- bezug: Monatlich 2.- Mtl. ggf. Ja- stellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Lingorn 6.25 Mtl. für das übrige Ausland 10.25 Mtl. bei täglich einmal Zustellung 8.25 Mtl. Postbestellungen nehmen an Buchhandl., Holland, Ditzingen, Schwaben u. die Schweiz, eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen- täglich zweimal. Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kopierzeile kostet 1.20 Mtl. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 50 Bsp. (zwei- spaltig 2 fertige Zeilen), jedes weitere Wort 25 Bsp. Stellenanzeigen und Schiffsanzeigen das erste Wort 40 Bsp., jedes weitere Wort 20 Bsp. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsanlagen, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 Mtl. bis 30 Bsp. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 6, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 00-151 07.

Sonabend, den 21. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54.

Ein Kabinett Bauer in Sicht?

Unterzeichnung unter Protest und Verwahrungen.

Weimar, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) 11 Uhr 45 Minuten. Falls keine neuen unerwarteten Komplika- tionen eintreten, ist folgende Entwicklung der Dinge vorauszu- sehen:

Der bisherige Reichsarbeitsminister, Genosse Gustav Bauer, bildet ein Kabinett, das morgen, Sonntag, der Natio- nalversammlung sein Programm vorlegen und die Vertrauens- frage stellen wird. Das Kabinett wird seinen Standpunkt dahin entwickeln, daß unter den gegebenen Umständen nichts anderes übrig bleibt, als den Friedensvertrag

unter Verwahrungen und Protesten, für die noch eine passende Form gesucht wird, zu unterzeichnen. Man erwartet, daß eine starke Mehr- heit der neuen Regierung das Vertrauen vo- tieren wird, da viele Gegner der Unterzeichnung sich der Stimme enthalten werden.

Der neue Reichsministerpräsident hat selbst bis zuletzt im Kabinett und Fraktion gegen die Unter- zeichnung gestimmt. Erst die hier zutage getretenen Stim- mungen, insbesondere die Haltung der süddeutschen Regierungen haben ihn zu der Ueberzeugung gebracht, daß ein anderer Weg als der der Unterzeichnung nicht mehr vorhanden sei.

Außer Scheidemann, Scheiden Landberg, Go- tthein und Graf Brockdorff-Rantzau aus dem Kabi- nett aus. Preuß und Dernburg bleiben, wenn ihre Fraktion damit einverstanden ist, worüber diese soeben berät.

Das Reichsarbeitsministerium übernimmt Genosse Dr. Singheim, das Auswärtige Amt Graf Bernstorff, der Mitglied der Demokratischen Partei ist. Ueber die Befehung des Reichsjustizamts ist noch nichts bestimmt.

Die in diesem Augenblick scheinbar fertige Lösung kann freilich im letzten Augenblick noch vereitelt werden, wenn sich nicht alle Kabinettsmitglieder zu der Ueberzeugung durchringen, daß nun wirklich nichts anderes für sie übrig bleibt, als vorbehaltlos mit zugebrückten Augen zur Feder zu greifen. Der gestern erörterte, nur mit Mühe vereitelte Plan,

noch eine Note an die Entente zu schicken, die sie zum Nachgeben in sechs Punkten auffordert, war kein Zeichen politischer Weisheit. Jeder Rückfall in ähnliche Gedankengänge könnte wieder zerstören, was über Nacht aufgebaut worden ist.

12 Uhr 15 Minuten. Soeben wird mitgeteilt, daß die Demokraten, wie es scheint, einstimmig beschlossen haben, ihren Mitgliedern, also auch dem Grafen Bernstorff, den Eintritt in das neue Kabinett zu untersagen. Das Zustandekommen der neuen Regierung ist somit abermals aufs schwerste gefährdet und die Ratlosigkeit beginnt von vorn.

Man erwägt bereits den Gedanken, die Nationalversamm- lung zu Montag morgen einzuberufen, auch wenn bis da- hin die Bildung eines neuen Kabinetts nicht gelungen sein sollte. Die Nationalversammlung würde dann ihr Ja oder Nein aussprechen und nach ihrer Entscheidung würde es natürlich auch gelingen, eine Regierung zu bilden. Das wäre das allerletzte Mittel, um zu verhindern, daß Deutsch- land jeden eigenen Willen verliert und der feind- liche Einmarsch in ein willenlos gewordenes Land beginnt.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr Langwerth von Simmern, hat um seinen Abschied nachgesucht.

Noch nicht zustande gekommen!

Bei Redaktionschluss verbreitet W. T. V. folgende Mel- dung: Wie wir hören, ist die von einem Berliner Mittagsblatt verbreitete Nachricht über das Zustandekommen eines Mini- steriums Bauer nicht zutreffend.

Kabinettsbildung ohne Demokraten.

Ein durch unsere Bräutigam teilweise überholter Situationsbericht des WTB. besagt: Bis gegen 3 Uhr morgens fand eine inoffizielle Besprechung beim Reichspräsidenten Oberst mit führenden Politikern statt, bei der es sich darum handelte, den Ministerpräsidenten und die neuen Männer des Kabinetts zu finden. Dem Bernstorff, noch ist die Kabinettsbildung günstig im Fortschreiten und das Ergebnis heute noch zu erwarten. Das Kabinett wird aus Sozialdemokraten und Mitgliedern des Zentrums gebildet werden. Die Demokratische Fraktion wird sich als solche nicht beteiligen. Man hält es jedoch nicht für unange- messen, daß einige Mitglieder der Demokratischen Partei in das Kabinett eintreten. In den heutigen Vormittagsstunden sind die Fraktionen fast sämtlich zu Sitzungen zusammengetreten, um zu der neugeschaffenen Lage Stellung zu nehmen.

Der Rücktritt Orlando's.

Italienische Pressestimmen.

Bern, 20. Juni. „Corriere della Sera“ erklärt: Wohl noch nie ist in Italien ein Kabinett in so ruhloser Weise gekürzt worden wie das Orlando's. Die Ver- urteilung durch die Kammer bezieht sich auf den ganzen Komplex der Regierungstätigkeit, wenn auch die auswärtige Politik den Ausgangspunkt gebildet hat. Die Niederlage und die Enttäuschung der italienischen Politik ist auch für den Leichtgläubigsten unentzäh- lich geworden. Die Enttäuschung ist um so größer, da Orlando befähigt gewesen wäre, in Paris den Kampf für den europäischen Rechtsgedanken und einen Frieden der Gerechtigkeit aufzunehmen. Die Nachfolge ist um so schwerer, als niemand eine solche Erbschaft antreten will. Die nächsten Aufgaben der kommenden Regierung beziehen in der Regelung der internationalen Interessen Italiens, bevor Italien auf Gnade und Ungnade denjenigen ausgeliefert werde, denen es gehoffen habe, die absoluten Herren der Welt zu werden.

„Secolo“ schreibt, Orlando's Komödie sei zu Ende. Er habe nicht begriffen, daß, nachdem England mit der See- herrschaft sein Ziel erreicht habe, auf dem Festlande ein französischer Friedenslangener herrsche, der das besiegte Deutschland durch einen Ring neuer deutschfeindlicher Staaten einschließen soll. Er hätte sagen müssen, wie sehr die italienischen Interessen durch solche Neuordnung bedroht werden. Orlando habe nur verstanden, den gehorsamen Diener der Entente zu spielen.

Ein Kabinett Nitti?

Rom, 21. Juni. Aus Rom wird dem G. R. gemeldet: Die allgemeine Ansicht in den Kreisen der Kammer geht dahin, daß Nitti mit der Bildung des neuen italienischen Ministeriums betraut werden wird.

Die österreichischen Friedensverhandlungen.

Gegen die Verantwortung für den Krieg.

Amsterdam, 21. Juni. (Z. N.) Die Reuter aus Paris meldet, haben die Oesterreicher eine vierte Note überreicht, worin gegen die Forderung protestiert wird, daß die österreichische Re- publik zum Erben der Verantwortlichkeit für den Krieg gemacht worden ist und die des früheren österreichisch- ungarischen Kaiserhauses auf sich nehmen muß.

Eine kirgisische Sowjetrepublik.

Näherung Kronstadt's.

Peking, 19. Juni. Die Petersburger Zeitung „Petro- gradskaja Prawda“ meldet: Es hat sich eine sozialistische, föderative, kirgisische Sowjetrepublik als Teil Sowjet- rußlands gebildet.

Yalta ist zum Zentrum für kommunistische Agitation in der Türkei und Persien bestimmt worden.

Die Gouvernements Charlow und Paltawa mobilisieren gegen Denikin.

In Kischinew haben unter den französischen Truppen bolschewistische Karawen stattgefunden.

Der Kommissar Peters ist zum Leiter der Verteidigung Petersburgs ernannt worden. Kronstadt wird eiligst geräumt.

Amerikanischer Militarismus.

Bedeutende Verstärkung des Friedensheeres.

Washington, 21. Juni. Aus Washington wird dem G. R. ge- meldet: Die Unterkommission des Militärschusses des Senats hat den Vorschlag, das Heer künftig auf einen Stand von 400 000 Mann zu bringen, und zwar zunächst auf ein Jahr, angenommen. Die Gesetzentwürfe werden heute in der großen militärischen Kommission behandelt werden. Die Unterkommission hat verschiedene Änderungen vorgeschlagen bezüglich der Aus- dehnung des Luftwesens in der Anfertigung von Ru- nitzen. Außer dem laufenden Etat sind 20 Millionen für den Bau von Kasernen angewiesen und 6 Millionen für die berufsmäßige Ausbildung in den Übungslagern.

Die Streikbewegung in England.

Bedrohende Arbeitsniederlegung in der Wollindustrie.

London, 20. Juni. Reuter. Die langwierigen Ver- handlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Baumwollindustrie von Lancashire sind end- gültig gescheitert. Die von den Arbeitgebern für die Niederlegung der Arbeit gestellten Termine laufen morgen ab. Eine halbe Million Arbeiter wird dadurch betroffen.

Unterzeichnung und Gegen- revolution.

Die drohende Sprache der alldeutschen Presse läßt kaum einen Zweifel darüber, daß für jene Kreise die Unterzeich- nung des Friedens als das Signal der Gegenrevo- lution aufgefaßt wird. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Ausbruch in den nächsten Tagen wirklich bevorsteht, aber er wäre jedenfalls zu erwarten, wenn die Dinge nach dem Willen und der Absicht dieser Kreise gingen.

Die „Deutsche Zeitung“ ist wieder ganz in den Ton ver- fallen, den sie schon einmal in einem bekannten Artikel an- geschlagen hat, der nicht anders denn als offene Auf- reizung zum Kuffstand bewertet werden konnte. Heute schreibt ihr Chefredakteur Wulle:

Und wir glauben, daß im Osten ein deutsches Volk seine Ehre und sein Leben retten wird. Ganz unbekümmert, was da kommt, wissen unsere Markmannen, daß für sie die Zeit des Lebens vorbei ist. Sie wollen handeln und sie werden handeln. Wir aber möchten ihnen aus Versehen, Deutschlands alte Hauptstadt über die Wälder und Säue hinweg die Hände reichen und ihnen sagen, daß, wenn irgend etwas ein Licht- blick ist in dieser Jammerzeit, der nationale Geist des Ostens für uns dieser Lichtblick geworden ist. Wir glauben, daß das eintritt, von dem wir neulich hier gesprochen haben, daß aus dem Osten das Licht kommt, für das ganze geliebte deutsche Vaterland, und daß die Tage des Verrats und der Verräter ge- sählt sind.

Das ist zwar etwas vorsichtiger ausgedrückt als damals, aber im Grunde genau dasselbe. Die Ostdeutschen der abzutretenden Gebiete sollen sich bewaffnen erheben, der Grenzschutz soll ihnen Hilfe leisten, aber diese Bewegung soll sich nur zum Schein gegen den „äußeren Feind“ wenden, in Wirklichkeit soll sie dazu führen, den Kuffstand im Innern gegen die Regierung einzuleiten.

Daß auch hierfür umfassende Vorbereitungen getroffen werden, ist kaum noch zu bezweifeln. Die „Freiheit“ ver- öffentlicht folgende Einladung, die in Berlin bestimmten für „zuverlässig“ angelegenen Personen zugesandt wird.

Mitgliederversammlung am 19. Juni 19, abends 8 Uhr, im Schiller-Anzeiger, Brunnenplatz-Wöttgerstr. Wegen einer sehr wichtigen Besprechung wird allgemeines Erscheinen erwünscht.

Am Freitag, den 20. 6. 19, abends 9 Uhr, Waffenempfang bei Engel, Akerstr. 5. Es wird gebeten, einen Mantel an- zuziehen, um es möglichst unauffällig zu gestalten.

Diese Einladung steht keineswegs vereinzelt da. Es gibt eine ganze Reihe von Villen und Klubgebäuden, in denen von der rechten Seite gegen die Regierung intrigiert und konspi- riert wird. Derartige Zusammenkünfte finden z. B. in einem Klubgebäude am Müggelsee statt, zu denen Zutritt nur gegen besondere Karten gewährt wird. Ein anderes Zentrum der Konspiration ist die Villa eines Admirals in Kiel. Die Hauptagenten der Verfassungsveränderung sind fast allent- halben ehemalige Offiziere, Adlige und dergleichen. Gewisse Fingerzeige deuten darauf hin, daß lebhafteste Verbindungen zwischen dem Klubgebäude am Müggelsee und schlesischen Grundbesitzern bestehen, so wurden mehrfach von schlesischen Adligen bedeutende Summen dorthin überwiesen.

Mag es sich hierbei auch um das Treiben einiger Desperados handeln, so zeigen sich doch auch Anläufe zu größeren organisatori- schen Vorbereitungen in dem längst entfallenen Treiben des Landhundes und seinen berühmten Akten für „Koor- dination“, die in Wirklichkeit die Akten für die heimliche Be- waffnung der reaktionären Landbevölkerung sind. Die dort angeforderten und verteilten Spaten sind in Wirklich- keit Deodanten für Sandgranaten und Gewehre.

Die Rechnung der Reaktionäre hat jedoch mehr als ein großes Loch. Zunächst geben sie sich einer erheblichen Selbst- täuschung hin, wenn sie glauben, der Truppen gegen die Regie- rung sicher zu sein. Nach unserer Kenntnis der Dinge sind wir fest überzeugt, daß sich der weitaus größte Teil der Regie- rungsstruppen nicht zu wilden Putzschlachten gegen die Re- gierung misbrauchen lassen wird, auch wenn er in diesem Sinne von seinen Offizieren beeinflusst werden sollte.

Sodann aber machen sich die Reaktionäre keine Vorstellung von dem Widerstand, den ein derartiger Versuch von ihrer Seite finden würde. Die bisherigen blutigen Kämpfe richteten sich immer nur gegen einen Teil der Arbeiterkraft, und die Regie- rungsstruppen wurden hierbei unterstützt von dem Teil der Be- völkerung, dem es endlich um die Aufrechterhaltung der demokratischen und republikanischen Frei- heit zu tun war. Sollten die Gegenrevolutionäre mit ihren Absichten Ernst machen, dann würde sich die ganze freideutlich gesinnte Bevölkerung ohne Unterschied wie ein Block

zusammenschließen, und dann würde allerdings den Herren das passieren, was Scheidemann ihnen auf dem Weimarer Parteitag vorausgesagt hat: sie würden niedergeschlagen werden, daß sie das Wiederkommen vermissen.

Nach dieser Richtung hin kann der Gedanke einer Gegenrevolution von rechts nicht die geringste Beforgnis bei uns erwecken. Im Gegenteil, unter diesem Gesichtspunkt könnte man es nur begrüßen, wenn die Herren endlich demaskieren und offen Farbe bekennen wollten. Es könnte bei dieser Gelegenheit auch noch manches nachgeholt werden, was am 9. November in der Hast der Dinge versäumt worden ist.

Die Gefahr der Gegenrevolution liegt auf einer anderen Seite. Die Gefahr besteht darin, daß sie uns von neuem in übermündete chaotische Zustände stürzt und den mühsam begonnenen Aufbau Deutschlands wieder zertrümmert. Den Vorwürfen würden also die Elemente der extremsten Linken haben, wie ja auch in Rußland der Rutsch Korniloffs den Sieg der Bolschewisten erheblich beschleunigt, wenn nicht direkt herbeigeführt hat.

Notwendig freilich ist das nicht. Aber es kann kein Zweifel sein, daß die jetzige verschleppte Krise diese Entwicklung bis zu einem gewissen Grade fördert. Die Mehrheitsparteien müssen erkennen, daß es das dringendste Lebensinteresse der Demokratie und des deutschen Volkes ist, diesen Zustand sofort zu beenden, und zwar durch Einsetzung einer lebensfähigen parlamentarischen Regierung, die nach außen den Frieden unterzeichnet, nach innen die Fäden in fester Hand behält.

Gegen die Judenpogrome.

Eine Rundgebung des amerikanischen Senats.

Amsterdam, 20. Juni. Nach einer Meldung des Jüdischen Korrespondenzbureaus aus Paris kam es im amerikanischen Senat zu einer scharfen Aussprache über die Pogrome in Polen, Galizien und den anderen Ländern. Der Senat nahm eine Entschließung an, in der das Staatsdepartement ersucht wird, Wilson aufzufordern, er möge sich mit den Delegierten der Staaten, in denen Pogrome und andere Grenztaten stattfinden, in Verbindung setzen und ihnen mitteilen, daß der Senat und das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika diese Ausschreitungen sehr bedauern.

Paris, 20. Juni. Das Reutersche Bureau erfährt, daß Präsident Wilson auf Ersuchen der polnischen und litauischen Regierung beschloß, eine Kommission zu ernennen, um eine Untersuchung über die aus Polen gemeldeten Pogrome einzuleiten.

Der Wohnungswucher vor dem Staaten-Ausschuß.

In der unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen Dr. Dernburg abgehaltenen Sitzung des Staaten-Ausschusses wurde dem Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Zuckern und dem vom 6. Ausschuss der Deutschen Nationalversammlung abgeänderten Entwurf einer Verordnung, betreffend die Änderung der Bekanntmachung über Lohnpfändungen vom 13. Dezember 1917, sowie einer Verordnung gegen den Wucher bei Vermittlung von Mieträumen und von Verordnungen zum Schutz der Mieter und über die Einwirkung der Höchstpreise auf die Mietverhältnisse zugestimmt.

Ein verfehlter Schuldbeweis.

In einer Zuschrift will die „Republik“ eine angebliche Mitschuld des „Vorwärts“ an der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs feststellen und zitiert hierfür einige polemische Äußerungen aus dem „Vorwärts“, die in der Zeit des erbittertesten Kampfes im Januar, noch lange vor der Ermordung der beiden, geschrieben wurden. Dieser angebliche Schuldbeweis kann nur auf Menschen wirken, denen die damalige Situation vollkommen aus dem Gedächtnis entschwunden ist. Die betreffen-

den Stellen wurden geschrieben in der Hitze des stärksten Kampfes, als Liebknecht und Rosa Luxemburg an der Spitze bewaffneter Scharen noch eine ansehnliche Macht darstellten, von der durchaus nicht gewiß war, ob sie nicht am Ende siegen und dann fürchterliche Rache nehmen würde. Die von der „Republik“ angeführten Zitate stehen zum größten Teil in Nummern des „Vorwärts“, die nicht im Vorwärtsgebäude gedruckt worden konnten, weil die Anhänger Liebknechts und Luxemburgs dieses mit Gewalt besetzt hielten, ein deutlicher Beweis, daß es sich nicht etwa um feige Hege gegen Wehrlose, sondern um Angriffe gegen damals sehr mächtige Personen handelt, zu denen in der Zeit, als sie geschrieben wurden, noch zweifellos Mut gehörte.

Aber vor allem ein: Die rein faktischen Bemerkungen des „Vorwärts“ verflissen ganz und gar, wenn man sie an der wahren Seite gegen die Verionen der mehrheitssozialistischen Führer getrieben wurde. Da haben wir beispielsweise ein im Verlag der „Roten Fahne“ erschienenen Flugblatt aus jenen Tagen, in dem es heißt: „Proletarier! Ebert, Scheidemann, Weiskopf, haben eure Brüder ermordet lassen. Hört mit den Völkern!“ usw. in dem gleichen Tone. Bildliche Plakate wurden herumgetragen, in denen man bekannte mehrheitssozialistische Führer an die Laterne gehängt sah. Von diesen Taten schweigt die „Republik“ und sie tut sehr gut von ihrem Standpunkt aus, davon zu schweigen, denn dann würde die Welt wissen, was Hege ist.

Der Streik im Waldenburger Bergrevier ist beigelegt. Die Staatsregierung soll um Einführung der Siebenstundenschicht, die Verwaltungen um Erhöhung der Löhne und Einführung von Ferien ersucht werden. Bis zur Entscheidung wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Großgrundbesitzer als Befehlshaber.

Freischärler gegen freilebende Landarbeiter.

Aus Schivelbein erreicht uns eine schier ungläubliche Nachricht. Dort haben verschiedene Großgrundbesitzer, um auf ihre freilebenden Landarbeiter einen Druck auszuüben, ohne Wissen des Landrats, Militär aus Kolberg, und zwar vom Freikorps Hindenburg, nach Schivelbein beordert und auch bekommen. Die Arbeiterklasse fordert die sofortige Zurückziehung des Militärs, da blutige Zusammenstöße sonst unvermeidlich sind. Die Erregung ist bereits eine hochgradige.

Wir fordern eine sofortige Untersuchung und Beilegung der Angelegenheit, nicht die verantwortlichen militärischen Stellen zu vergessen, die in Ermangelung des abhanden gekommenen Hohenzollern in jedem Junker die von Gott verliehene Obrigkeit erblicken.

Deutscher Sozialistentag.

Konferenz für die Einigung der Sozialdemokratie.

Die unter dieser Bezeichnung von der Zentralkommission für Einigung der Sozialdemokratie einberufene Tagung trat heute vormittag im Sitzungssaal des Herrenhauses zusammen. Eduard Bernstein eröffnete die Konferenz um 10 1/2 Uhr. Die Einigung der Sozialdemokratie sei gegenwärtig wichtiger als je. Die Parteispaltung, die gegenseitige Bekämpfung der beiden sozialdemokratischen Parteien trage dazu bei, die Verfehlung des deutschen Volkes zu beschleunigen. — Meinungsverschiedenheiten seien unvermeidlich, aber sie müßten in brüderlichem Geiste zum Austrag gebracht werden. Heute stehe unendlich viel mehr auf dem Spiel als bei den früheren Meinungsverschiedenheiten in der gemäßigten Sozialdemokratie. Die Reaktion sei bestrebt, das Heft wieder in die Hand zu bekommen. In dieser schweren Situation die Einigung vorzubereiten, sei die Aufgabe des deutschen Sozialistentages.

Nachdem die Tagesordnung festgelegt und sonstige geschäftliche Formalitäten erledigt waren, trat die Konferenz in den ersten Punkt der Tagesordnung ein:

Die politische Notwendigkeit der Einigung.

Der Referent Cohen-Kneß (S. P. D.) führte unter anderem aus: Ueber die Notwendigkeit der Einigung ist fast kein Wort mehr zu sagen. Die sehen, wie die Erregungen und die Revolution zu schwinden beginnen und diejenigen, die am 9. November niedergeschlagen waren, wieder aufstehen. Die bekannten Plakate mit der Überschrift: „Die Sozialisierung marschiert“ konnten überklebt werden mit der Aufschrift: „Die Reaktion marschiert“. In dieser Situation hat der Parteitag in Weimar völlig versagt. Das muß offen ausgesprochen werden. (Sehr richtig.) Die alte Partei wird am bestmöglichen angegriffen wegen der Bewilligung der Kriegskredite. Sie hat damit die Politik Behmännich-Holweg ohne Bedingung mitgemacht. Sie hätte den Rückweg anstreifen sollen, als sich zeigte, daß die Behmännichsche Politik zusammengebrochen war. Auch in der inneren Politik folgte die alte Partei dem Motto: „Leise, leise, kein Geräusch gemacht.“ — Scheidemann ist auf dem Parteitag in frohenrüberischer Manier über mich hergefallen. Er hat die Dinge geradezu auf den Kopf gestellt. Die wollten damals doch etwas durchsetzen, eine Abschlagszahlung fordern. (Große Anruhe. Ruf: Ist das der Wille zur Einigung, wenn man von Straßensprache spricht? Der Vorsitzende Ed. Bernstein rügt den Ausbruch.)

Auch die U. S. P. hat während des Krieges keinen Weg gezeigt, wie wir aus dem Kriege herauskommen können. Bei beiden Parteien hat sich während des Krieges ein ungeheurer Mangel an Positivismus bemerkbar gemacht. Noch nie hatte eine Regierung in so hohem Maße das Vertrauen der Massen, wie die Revolutionsregierung. Aber es zeigte sich, daß die Genossen der beiden Parteien sich nicht zu gemeinsamer Tätigkeit, sondern zu gemeinsamer Untätigkeit zusammengefunden hatten. — Wenn wir zu einem gemeinsamen, erfolgreichen Zusammenarbeiten kommen wollen, müssen wir ein Mindestprogramm aufstellen, auf das sich alle Sozialisten einigen können. Der wichtigste Punkt des Mindestprogramms ist die Herbeiführung einer umfassenden Produktion. Auf die Form der Produktion kommt es nicht an. Die Arbeiter selbst müssen zu Mitregenten der Produktion gemacht werden. (Zustimmung.) Einer der wichtigsten Punkte des Minimalprogramms ist die Verwerfung der Diktatur, die Nachahmung des russischen Rätesystems. — Noch nie hat eine Zusammenkunft von Sozialdemokraten der Sucht der Massen stärkeren Ausdruck gegeben, wie diese Zusammenkunft. (Zustimmung.) Wenn von hier aus ein Arbeitsprogramm gegeben werden kann, wird der von uns beschrittene Weg der Einigung zum Ziele führen. (Lebhafte Beifall.)

Der zweite Referent Heinrich Ströbel (U. S. P.) betonte zunächst gegenüber Cohen, die Unabhängigen hätten nicht nur während des Krieges, sondern besonders auch nach der Revolution positive Forderungen vertreten, sie seien aber an deren Durchführung von der anderen Seite verhindert worden. Weiter führte der Redner aus, wir würden die Einigkeit haben, wenn das Proletariat geistig einig und geschlossen wäre. — Die Verschärftheit, in der wir jetzt stehen, sei darauf zurückzuführen, daß die Regierung ohnmächtig und der Militarismus allmächtig sei. Das sei die Schuld der Mehrheitssozialisten. (Ruf: Das ist Ihre Schuld.)

Wären die Unabhängigen in den Zentralkrat eingetreten, dann wären uns die Straßenkämpfe und die Straßenblutereien erspart geblieben und wir hätten auch nicht den kolossalen Wiederaufbau des Militarismus erlebt. (Zustimmung. Ruf: Austritt aus der Regierung.) Unser Austritt aus der Regierung war eine Notwendigkeit, denn ein Zusammenarbeiten war nicht möglich und unsere Parteigenossen fanden nicht hinter uns. (Widerspruch.) Die formale Demokratie müsse ergänzt werden durch das Rätesystem. Die Demokratie müsse die Grundlage des Staates sein, das Rätesystem müsse daneben eingeführt werden, wie es Kautsky fordere. Aber durch das Rätesystem könne die soziale Frage nicht gelöst werden. Die Verwirklichung des Sozialismus könne nicht das Werk einer Revolution sein, sondern nur durch Evolution werden wir zum Sozialismus kommen. (Zustimmung eines Teils der Delegierten.) Eine revolutionäre Entwicklung auf der Grundlage der Demokratie sei der Boden, auf dem sich die Genossen einigen können. Terror und Gewalt seien die ungeeignetsten Mittel zur kulturellen Hebung der Arbeiterklasse. (Großer Beifall.) Wenn die Führer nicht für die Einigung zu haben seien, dann würden die Massen über die Führer zur Tagesordnung überstoßen. (Stürmischer Beifall.) Durch eine Politik der moralischen Eroberung werden wir den Sozialismus verwirklichen, er wird sich dann von Deutschland über die ganze Welt verbreiten. Aber die Voraussetzung unseres Sieges ist die Einigkeit. (Stürmischer Beifall.)

Sommeranfang.

Von Paul Haupt.

Juni. Ueber dem Gewirr von Häusern, Straßen, Plätzen, Gassen der Großstadt schwellt heißer, trockener Wind, der sich zusammenballt aus den Strahlen der Sonne, die fahlgelb am Himmel gleißt, und dem Dunst der Millionen Menschen, den Ausdünstungen der Küchen, Scheichthäuser, Fabriken. Ein zäher, unheilbarer Brei, wogt er die Straßen auf und nieder, fesselt von einem Windstoß zerrissen. Geduckten Hauptes, die Stirn in ärgerliche Falten gezogen, halten die Leute dorthin, schlaftrig trotten die Droßelengänge, zänklich das Schmatzen der Straßenbahnen, pröbelig das Getöse der Kraftwagen.

In einem engen Hof in der einzigen Ecke, in die durch einen schmalen Spalt zwischen Seitensügel und Hinterhaus Sonnenlicht dringt, zwischen kümmerlichen Sträuchern, denen der Zementbelag des Bodens in großmütigem Bogen ausweicht, hocken zwei Kinder, ein siebenjähriges Mädchen mit allklugen, ängstlichen Augen und ein etwas älterer Knabe.

Ihre Finger krallen in den schmutzigen, grauschwarzen Boden. Brüllendes Schreien im Hofe, von irgend woher schwarzes Geschirrpollern, dann wieder einmal Hindertäufen, von wo anders der raschende Arbeiten einer Nähmaschine, Geräusche, die neben der lähmenden, warmen Stille herzugehen scheinen. Sie ist trostlos da.

„Bist Du schon draußen im Walde?“ spricht der Junge das Mädchen an. „Nein, wir haben doch keine Zeit, Vater handelt Sonntag, und ich muß helfen.“ Scheu sieht sie sich um.

„Aber mal bin ich doch von der Schule aus im Friedrichshain gewesen. Da hatte Mutter aber sehr geschimpft, daß ich nicht abgewaschen habe.“

„Ja war aber schon in'n Wald. An'n Müggelsee. Ach, alles voll Bäume und vorher in de Gärten an de Häuser die Sträucher, alle viel grüner und größer als die hier.“

Trapp, trapp kommt ein behutsamer Schritt die Hintertreppe herunter.

„Ja,“ seufzt das Mädchen, ihre Augen suchen die Sonne, „da ist allem viel schöner wie hier drinn, aber,“ ihr Gesicht nimmt einen unfidlichen, sorgenden Ausdruck an, „da geht den Arbeiter- und Anachtskindern auch nicht gut. Da müssen sie schon morgens um fünf raus.“

„Ach, schön ist es doch,“ entgegnet der Knabe noch einigem Ueberlegen.

Die Sonne ist weißlich gerötet, so daß der Schatten des Hauses die Kinder erreicht hat. Sie stehen auf und sehen sich auf die andere Seite des Strauchens. Kletterpflanzen, die dem geringsten Sonnenstrahl folgen. Aus der Tür des Hinterhauses tritt ein

älteres Mädchen, einen Säugling auf dem Arm. Sie setzt sich zu den beiden.

„Mal sehn, vielleicht tut ihm die Sonne gut,“ bemerkt sie mütterlich. Das Kleine hat die Augen geschlossen, sein hohes, spitzes Gesicht sieht aus dem groben, holzfaserdurchsetzten Kissen heraus.

„Zu schwach, es soll aufs Land, hat der Doktor gesagt.“ Nach einer Weile, währenddem ihre eine Hand schmeichelnd, träumerisch über die grünen Zweige fährt, setzt sie ihre Rede fort: „Vielleicht kommst's auch weg und ich mit. Dann würd' ich gleich dabei sein.“

„Immer von Vater und Mutter weg?“

Bestürzt sieht sie der Knabe an. Verlegen blickt sie fort, zuckt mit den Schultern.

„Wenn ich da besser lebe, Vater und Mutter sind ja doch nie zu Hause.“

„Ich wollt' auch in die Ferienkolonie, aber ich darf nicht. Ich muß mit handeln gehen,“ wirft bitter die Siebenjährige ein, wieder einen unfidlichen, allklugen Ausdruck im Gesicht.

„Ach, immer will ich jar nich aufs Land, da gibt es nich soviel zu sehen wie in Berlin,“ begehrt der Knabe trotzig auf. — Eine Wolke ist vor die Sonne gezogen. Der Lichtfleck, in dem die Kinder saßen, ist verbläht.

„Jetzt ist die Sonne weg, kaum, daß ich runter konnte,“ seufzt die Große.

„Nah, is hier heiß. Ich gehe raus,“ schimpft der Knabe, hopp in das Haus.

Geduldig hocken die Mädchen unter dem dürftigen Bestrauch, schweigend. Lange sucht die Jüngere am Himmel. Den kleinen Streich zwischen den Häusern fällt eine weißgraue Wolke aus.

„Ob wohl die Sonne noch mal vorkommt?“

Die Ältere schüttelt den Kopf, stand auf. „Ich glaube nicht, ich muß ja auch Kartoffeln kochen, ist halb Feierabend, Mutter und Vater kommen bald.“

Schwarz-rot-gold.

Schwarz-rot-gold als Reichsflagge, wie der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung es beschloß, fällt der reaktionären Presse mächtig auf die Nerven. Sie beruft sich zur Verteidigung der bisherigen Farben darauf, daß die „gegenwärtige Generation unter der Fahne Schwarz-weiß-rot geboren und groß geworden, die unserem Volke überall in Ehren vorkam.“ Zug man bei allen andern als den reaktionären Parteien auch schon früher gegenwärtige Anschauungen hatte, zeigt ein Abschnitt aus dem in revolutionären Kreisen seit lange bekannten Reuen Wintermärchen. Wie hier feststellbar sein mag, wurde dies längere Gedicht 1871 im Postboten, „Blätter“ von dem alten achtundvierzigjährigen radikalen Karl Peinzen veröffentlicht; es hat dann häufige Nachdrucke, zuerst in der Sammlung: „Witz und Galle“ Berlin 1919 erlebt. Peinzen wurde damals in Deutschland für den Verfasser gehalten, doch stellte er dies selber im „Pionier“ in W.

rede, und tatsächlich soll einem Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ die Autorschaft zukommen. Die Stellen, auf die es bei der Erinnerung ankommt, mögen hier im Auszug folgen:

Die Farben schwarz und weiß, und rot,
Das sind die neuen Farben.
Die sich die Deutschen in Krieg und Tod
Zum Banner des Reiches erwarben.

Das ist nicht das alte Schwarz-rot-gold,
Das Schwarz wie der Tod der Anvermen,
Und rot wie Blut in der Faust sich entrollt
Der goldenen Freiheit Rannen!...

Das ist das Schwarz, das die Knackhaft prägt
Auf der Kaiser Herz und Gehirne,
Das ist das Weiß, das den Stempel trägt
Des Grams auf der Reichen Sitze.

Das ist das Rot, das brennend heiß
Die Scham treibt in die Wangen,
Wenn einst die Farben schwarz-weiß-rot
Die Denker zum Denken spannen!...

Das Rollersche Schwarz, das Rollersche Weiß
Und das Schornrot der deutschen Lande,
Das ist ein Banner, wie kein's ich weiß
Von Nil bis zum Nordpolstrande.

Das ist das Rollersche Schwarz-weiß-rot,
Das Banner der Todsklappenfarben,
Das sich die Deutschen in Krieg und Tod
Zum Banner des Reiches erwarben!...

Darum, verehrte Herren von der Reaktion, sind auch wir gegen Schwarz-weiß-rot und stimmen, da es nicht nur Rot sein konnte, immerhin für Schwarz-rot-gold.

Notizen.

— Das Grundgesetz der russischen Sowjetrepublik wurde in Grünberg, Archiv für Geschichte des Sozialismus“ längst in einer sorgfältigen, authentischen und vollständigen Uebersetzung mitgeteilt. Diese ist jetzt mit einem Vorwort Grünbergs als Sonderdruck (Verlag Hirschfeld, Leipzig, Preis 1 M.) erschienen.

— Sommerpremierern. Im Deutsch- u Theater am Freitag Eröffnung des Schwantes „Lug ich war ein Nübling“ von Real und Ferner mit Max Ballenberg in der Hauptrolle. In den Kammertheatern Donnerstag Eröffnung der Komödie „Das Weib und der Hampelmann“, nach dem spanischen Roman des Pierre Louys von Ludwig Garbi. Leopoldine Konstantin und Theodor Loos spielen die beiden Hauptrollen.

— Deutsches Opernhaus. Die Gutsheime der Stammesinhaber und die Karten, die während der Streikzeit nicht benutzt werden konnten, werden vom 30. Juni bis 8. Juli eingetauscht; der Umtausch für die beiden Parsifal-Vorstellungen beginnt am 23. Juni, vormittags 10 Uhr.

